Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 20. Juli 1887. Nr. 331.

Deutschland.

Berlin, 19. Juli. Kaiser Wilhelm ist gestern Abend 9 Uhr wohlbehalten in Innsbruck eingetroffen und auf dem festlich geschmückten Bahnhofe vom Statthalter Baron Wittmann empfangen und nach seinem Absteigequartier im „Tiroler Hof“ geleitet worden. Auf dem ganzen Wege dahin wurde der Kaiser von der Bevölkerung, welche Spalier bildete, mit sympathischen Zurufen begrüßt. Einen offiziellen Empfang hatte der Kaiser abgelehnt.

Die Abfahrt von Bregenz war Nachmittags 4 Uhr 25 Min. erfolgt. Von Mainau bis Bregenz hatten auch der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Baden dem Kaiser das Geleite gegeben. Auf dem Verdecke des Schiffes „Wilhelm“, auf welchem die Begegnung des Kaisers mit dem Prinzregenten Luitpold stattfand, hatten der Kaiser, der Prinzregent und die großherzoglich badischen Herrschaften den Thee eingenommen.

Heute Vormittag 9 Uhr hat der Kaiser Innsbruck wieder verlassen, um mittelst Extrazuges zunächst bis Lend weiter zu reisen, woselbst die Ankunft Nachmittags 12¾ Uhr erfolgt. Dort nimmt der Kaiser das Dejeuner ein und findet dann nach mehrstündiger Rast die Weiterreise nach Gastein ohne weitere Unterbrechung statt. Wie auf der bisherigen Fahrt, so wird auch auf der ferneren Reise jeder offizielle Empfang unterbleiben und nur der Statthalter Graf Thun im Namen des Kaisers von Oesterreich den Kaiser begrüßen. Die Ankunft in Gastein wird heute Abend 7½ Uhr erwartet.

— Nach dem Programm für die Herbstmanöver-Reise des Kaisers wird derselbe am Sonntag, den 4. September, Abends 11 Uhr 30 Min. mittelst Extrazuges von hier abreisen und am nächsten Mittag in Königsberg i. Pr. ankommen, wo er im Schlosse Wohnung nimmt. Am Dienstag, den 6., ist große Parade, am 7. Korpsmanöver, am 8. Ruhetag, am 9. und 10. Feldmanöver. Am Sonntag, den 11., reist der Kaiser Nachmittags 1 Uhr von Königsberg wieder ab nach Danzig, wo er um 4 Uhr 45 Min. eintrifft und in der Kommandantur absteigt. Am folgenden Tage wird die Reise über Köslin, wo das Frühstück eingenommen wird, nach Stettin fortgesetzt. Die Ankunft in Stettin erfolgt Nachmittag 5 Uhr.

— Die Frau Prinzessin Friedrich Karl ist heute früh wieder in Berlin eingetroffen.

— Prinz Devawongse von Siam hat gestern Abend Berlin wieder verlassen und sich nach Essen begeben, um dort im Laufe des heutigen Tages die Krupp'schen Etablissements in Augenschein zu nehmen.

— Der Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. v. Schelling hat am Sonnabend seinen Sommerurlaub angetreten.

— In hiesigen politischen Kreisen stößt der Beschluß des deutschen Wahlvereins in Straßburg, nicht für die Wahl des altelsässischen Rechtsanwalts Petri zum Reichstagsabgeordneten einzutreten, auf allgemeines Kopfschütteln und lebhaftes Bedauern. Erfreulich ist nur, daß die Protestler auf den Plan, einen ihrer Gesinnungsgenossen als Kandidaten aufzustellen, endgültig verzichtet zu haben scheinen, so daß der deutschen Stadt hoffentlich in Zukunft die Schmach erspart bleibt, durch einen Französling im deutschen Reichstag vertreten zu sein.

— Bei der Neuwahl in Querfurt-Merseburg ist den vorliegenden Nachrichten zufolge der deutschfreisinnige Bewerber Panse über alle Gegner Sieger geblieben. Damit haben die Freisinnigen einen Reichstags-Wahlkreis wieder erobert, den sie lange besessen, aber bei den Wahlen am 21. Februar an die Freikonservativen verloren hatten. Damals war Stichwahl nöthig, bei der sich Stimmengleichheit ergab und die dann durch das Loos für den Freikonservativen Neubarth entschieden wurde. Es ist also kein Grund vorhanden, warum die Freisinnigen über den Sieg in diesem Wahlkreise besonders jubeln könnten, zumal im Ganzen schwächer gewählt wurde als bei der letzten Wahl. Vollends unverständig aber ist es, wenn die Freisinnigen auch diese Gelegenheit wahrnehmen, um zu betheuern, die Kriegsfurcht habe die reichstreuen Wahlen vom 21. Februar gemacht. Wenn dem so wäre, so hätte der Freisinn durch die Wahlen vom 21. Februar das schlechteste Zeugniß erhalten, welches eine Nation einer politischen Partei ausstellen kann: daß sie sich von ihr abwendet, wenn sie Gefahr für das Vaterland besorgt. Im Uebrigen ist es ganz natürlich, daß jetzt, nachdem das Reich militärisch und finanziell dank der jetzigen Reichstags-Mehrheit in Sicherheit gebracht ist, der Wahleifer nachläßt. Ein paar Deutschfreisinnige mehr im Reichstage können wenigstens in der Hauptsache, an der Sicherheit des Reiches, nichts verderben.

— Wie der „Voss. Ztg.“ mitgetheilt wird, hat der rumänische Kriegsminister in diesen Tagen mit der Aktien-Gesellschaft „Grusonwerk“ zu Buckau-Magdeburg einen Kontrakt auf eine Lieferung von Kanonen stärksten Kalibers, Mörsern u. a. Kriegsmaterial mehr zu einem Preise von 7 Millionen Francs abgeschlossen. Diese Aufträge müssen bis spätestens Anfang nächsten Frühjahrs geliefert werden. Es scheint hiernach, daß der nach den vorjährigen Schießversuchen von Bukarest entstandene Streit wegen der Ueberlegenheit der deutschen oder der französischen Thurm-Konstruktion, der seiner Zeit so vielen Staub aufgewirbelt hat, nun endgültig doch zu Gunsten der deutschen Industrie entschieden sei.

— Wie französische Blätter melden, hat die Zollbehörde von Belfort in diesen Tagen eine Sendung registrirt, die 3000 große Chromo-Lithographien des Generals Boulanger enthielt. Die Sendung war von einem Hamburger Fabrikanten aufgegeben worden. Die französischen Blätter fragen: „Kommen denn jetzt auch die Deutschen den Reklame-Agenten Boulangers zu Hülfe, und sind die Druckereien Hamburgs dazu bestimmt, denen Epinals (des französischen Neu-Ruppins) Konkurrenz zu machen?“

Wir begreifen das Erstaunen der Franzosen. Sie haben höhere Begriffe von geschäftlichem Anstand als der Hamburger, dessen Namen sie leider nicht nennen.

— Die preußische Regierung hat eine Verfügung erlassen, welche behufs Abwehr der Reblaus die Einfuhr aller Gartenerzeugnisse italienischer Herkunft verbietet.

— Eine Konferenz der preußischen Bischöfe wird, nach der „Köln. Volksztg.“, wahrscheinlich am 10. August in Köln stattfinden.

— In Warschau und Umgegend sind, wie laut einem Privattelegramm die „Pos. Ztg.“ meldet, in den letzten Tagen 50 deutsche Familien ausgewiesen worden.

— Die anfängliche Strafmilderung und spätere Begnadigung des dänischen Kapitäns Sarauw wird in der „Schles. Ztg.“ darauf zurückgeführt, daß Sarauw eine Anzahl Geständnisse gemacht und der Regierung mannigfache Fingerzeige hinsichtlich der systematisch betriebenen Spionage gegeben habe. Bei den letzten Prozessen wegen Landesverraths soll Sarauw wieder der Regierung nicht zu unterschätzende Dienste geleistet haben.

— Die Nachricht, daß die Ernennung Dr. Miquels zum Handelsminister bevorstehe, hat eine schwache Seite: daß sie erfunden ist, und eine böse: daß sie zwei fromme Freundinnen, die bei mancher Gelegenheit rührende Beweise von Eintracht gegeben haben, auf sehr gespannten Fuß gebracht hat. Nachdem die „Germania“ ihre falsche Mittheilung in sehr eigenthümlicher Weise auf die „Kreuzzeitung“ abzuladen versucht hat, züchtigt diese die Uebelthäterin mit folgenden Peitschenhieben:

„Die kindliche Einfalt der „Germania“ hätte etwas Rührendes, wenn ihr nicht zugleich das Kriterium der Albernheit in so hohem Grade anhaftete. Unsere Erklärung, daß ihre Behauptung, die Nachricht über die Ministeraussichten „stamme aus der „Kreuzzeitung“, unwahr sei, versucht sie durch Erzählung einer Klatschgeschichte zu entkräften, wonach ein direktester (!) Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ ihr selbst mitgetheilt habe, daß in Kreisen der „Kreuzzeitungs“-Redaktion die qu. Nachricht besprochen worden sei. Die „Germania“ scheint wirklich allmälig auf das Niveau einer „Bierzeitung“ herabgesunken zu sein, welche von Studenten in der bekannten bei „Dünnebier und salzen Harung“ herrschenden Stimmung redigirt wird, andernfalls hätte sie doch den Leim fühlen müssen, auf den ihr zufälliger Reporter sie gelockt hat. Oder meint die „Germania“, eine so wichtige Nachricht, wie die bevorstehende Ernennung Dr. Miquels zum Minister, hätte die „Kreuzzeitung“ aus einem andern Grunde vorläufig unterdrückt, als weil ihr dieselbe fragwürdiger Natur zu sein schien?“

— Anläßlich der zahlreichen Indienststellungen von Kriegsschiffen für politische Zwecke und der schnellen Vermehrung des Torpedomaterials ist, wie die „Danz. Ztg.“ meldet, die stete Vermehrung des Mannschaftspersonals der Flotte in den letzten Jahren erforderlich geworden. Bereits im Jahre 1884 wurde die Friedenspräsenzstärke für die nächsten drei Jahre von 10,000 auf 11,663 Mann erhöht, 1886—1887 wurde im Etat eine weitere Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 826 Köpfe „behufs Erweiterung der Aufgaben der Marine“ und um 459 Köpfe „zur Steigerung der Vertheidigungsfähigkeit unserer heimischen Küsten“ verlangt und gewährt und pro 1887—1888 endlich ist für 5 Jahre die Friedenspräsenzstärke noch jährlich um weitere 15 Offiziere und 300 Mann erhöht worden. So hat sich die Friedenspräsenzstärke der Marine im Laufe von 4 Jahren von 10,000 auf 13,236 Mann gesteigert und wird, wenn inzwischen nicht noch Neuforderungen gemacht werden, in den nächsten 4 Jahren um weitere 1260 Personen erhöht werden. Da nun die seemännische Bevölkerung schon längst nicht mehr ausreicht, um den entsprechenden Ersatz auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht zu stellen, so wird auch die Vermehrung des Personals in erster Linie nur aus der Landbevölkerung zu erzielen sein. Die Folge ist, daß zahlreiche Dreijährig-Freiwillige aus dem Binnenlande zur Einstellung gelangen und daß im Uebrigen bei den Aushebungen für die Flotte straffer „gezogen“ wird. Im Jahre 1886 sind für die Flotte ausgehoben worden: aus der seemännischen Bevölkerung 1452 und aus der Landbevölkerung 982 Mann. Das Hauptkontingent der Ausgehobenen stellten wie gewöhnlich: der Bezirk des 1. Armeekorps (Provinz Ostpreußen und von Westpreußen die Kreise Elbing, Marienburg, Danzig, Stuhm, Marienwerder, Rosenberg, Löbau, Strasburg, Thorn, Kulm, Graudenz) mit 389 aus der seemännischen und 52 Mann aus der Landbevölkerung, der Bezirk des 2. Armeekorps (Provinz Pommern, Regierungsbezirk Bromberg und die übrigen Kreise der Provinz Westpreußen) mit 329 aus der seemännischen und 54 Mann aus der Landbevölkerung, der Bezirk des 9. Armeekorps (Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Hamburg, Lübeck und Bremen 2c.) mit 550 Mann aus der seemännischen und 99 Mann aus der Landbevölkerung, und endlich der Bezirk des 10. Armeekorps (Hannover, Oldenburg und Braunschweig) mit 156 aus der seemännischen und 55 Mann aus der Landbevölkerung.

— Das englische Unterhaus hat gestern die Regierungsvorlage, welche die Gewährung kleiner Pachtgüter an Bauern bezweckt, in erster Lesung angenommen.

Die dem englischen Parlamente gestern Abend vorgelegte diplomatische Korrespondenz über Egypten umfaßt den Zeitraum vom 4. November 1886 bis 17. Juni 1887. Aus derselben sind folgende Aktenstücke hervorzuheben:

In einer englischen Note an den türkischen Botschafter Rustem Pascha wird erklärt, daß England kein Verlangen trage, die Okkupation Egyptens durch englische Truppen länger fortdauern zu lassen, als die Nothwendigkeit erheische. Den Zeitpunkt für die Beendigung der Okkupation könne es aber nicht eher festsetzen, als bis die — bereits bekannten — Bedingungen gesichert seien. Eine Depesche Lord Salisbury's vom 15. Januar cr. enthält die an Drummond Wolff für seine Mission nach Konstantinopel ertheilten Instruktionen. Darin heißt es, das Ziel der Mächte und auch Englands sei die Neutralisirung Egyptens, England müsse dabei aber den Vorbehalt machen, daß die durch die Opfer Englands in Egypten geschaffene Lage aufrecht erhalten werde, England müsse das Recht der Intervention in Egypten behalten, falls daselbst Unordnungen vorkommen sollten, England werde von diesem Rechte indeß nur in dem Falle zwingender Nothwendigkeit Gebrauch machen. Die Pforte bezweifelte, daß die Mächte einer Aenderung in Bezug auf die Kapitulationen zustimmen würden und verlangte, daß zunächst eine einjährige Frist zur Räumung Egyptens von den englischen Truppen festgesetzt werde, und daß die englischen Offiziere in der egyptischen Armee durch türkische ersetzt würden. Der darauf folgende Depeschenwechsel betrifft den Vertragsentwurf über die Neutralisirung Egyptens, für welche die Pforte größere Geneigtheit zeigte, sowie die Kopfzahl der nach der Räumung Egyptens durch die englischen Truppen zu bildenden egyptischen Armee. Drummond Wolff wollte diese Zahl auf 10,000 Mann festgesetzt wissen, während die Pforte eine Erhöhung der Heeresziffer auf 12,000 Mann verlangte. Gegen die Bezeichnung „Neutralisation Egyptens“ wurden vom Sultan Bedenken erhoben, Drummond Wolff ersetzte das Wort „Neutralisation“ deshalb durch den vom Sultan verlangten Ausdruck „territoriale Sicherheit“. Von der Pforte wurde endlich auch Widerspruch erhoben gegen die Beibehaltung der dem Finanzrathe bei der egyptischen Regierung gewährten Gewalten.

— Unter der Ueberschrift „Lügen und Wahrheit über die Vorgänge beim französischen Nationalfest“ wird der „Straßburger Post“ aus Paris geschrieben:

„Wenn ein der hiesigen Gepflogenheiten Unkundiger nur gewisse hiesige Blätter über den Verlauf des Nationalfestes lesen wollte, so würde er sich gar kein vollkommenes Urtheil bilden können. Gemäßigte Blätter, wie der „Matin“ beglückwünschen die Einwohner der Hauptstadt zu ihrer besonnenen und patriotischen Haltung, und andere, wie „Lanterne“ und „Intransigeant“, sprechen von der „éclatante leçon“, welche das Volk gestern dem Ministerium Rouvier und dem Präsidenten der Republik ertheilt habe. Man vergleiche selbst. Im „Matin“ findet man folgenden Satz: „Noch nie war der Tag des Volksfestes stiller und friedlicher.“ Der „rothe Marquis“ schreibt dagegen im „Intransigeant“: „Wir haben in unserer gewiß nicht kurzen Laufbahn schon einer erklecklichen Anzahl von erschütternden Krachs beigewohnt. Nun, diese Aufstände könnten als einfache Neckereien gelten, wenn man sie vergleicht mit der schrecklichen Schlappe, welche die Minister des ministère allemand gestern davongetragen haben.“ Wer hat nun recht? Auf alle Fälle beweist dieser Widerspruch, daß die Kluft, welche zwischen den beiden Hälften des französischen Republikanismus besteht, tiefer denn je ist und durch die gestrigen Vorgänge nur noch mehr an Fähigkeit, sich wieder zu schließen, verloren hat. Auch noch eine andere Erscheinung tritt hier zu Tage. Noch nie haben nämlich die intransigenten und sozialistischen Blätter von dem Präsidenten der Republik, von dem Staatsoberhaupte in so unehrerbietigen Ausdrücken gesprochen wie jetzt. Der „Alte vom Elysee“, wie sie ihn mit Vorliebe nennen, wird von ihnen als ein alter Faselhans dargestellt, der nicht mehr recht weiß, was er thut, als ein vertrauter Freund des Vatikans und als ein greulicher Rückschrittler. Die Gegenwart des Präsidenten Grevy bei der gestrigen Truppenschau charakterisirt Rochefort mit folgenden Worten: „Er war gekommen wie ein Hund, den man peitscht, und trollte sich wieder heim, wie ein Hund, dem man pfeift.“ Nun — eine solche Sprache gegenüber dem Staatsoberhaupte läßt eigentlich klaftertief blicken!“

Das Niederträchtigste aber ist, daß diese Beleidigungen gegen Wehrlose gerichtet sind; träfen sie einen Privatmann, so würde dem Verleumder die Züchtigung mit der Reitpeitsche sicher sein, den Mitgliedern der französischen Regierung aber verbietet ihr Stand, dieses Recht der Wiedervergeltung zu üben.

— Bei der Militär-Luftschifferabtheilung sind neuerdings, wie das „Dtsche. Tgbl.“ hört, Versuche im Gange, welche den Zweck haben, beträchtliche Dynamitmassen aus Ballons gegen feindliche Befestigungen zu schleudern. Sobald der Ballon sich über der anzugreifenden Befestigung befindet, sollen mehrere Zentner Dynamit mittelst einer elektrischen Vorrichtung auf dieselbe fallen gelassen werden. Zur Ermittelung, ob man sich gerade über dem Befestigungswerk befindet, ist eine Röhre im Fuß des Ballons angebracht, welche die erforderliche Beobachtung vorzunehmen gestattet. Die Dynamitmasse muß die Kraft haben,

mehrere Meter Gewölbedeckung und die darüber befindlichen deckenden Schichten zu durchschlagen.

Kiel, 17. Juli. Auf der kaiserlichen Werft ist gestern ein neuerbautes Torpedoboot vom Stapel gelassen worden, welches die Bezeichnung K I erhielt. Das Boot ist den heutigen Erfahrungen auf dem Gebiete des Schiffsbaues und der Technik gemäß aufs beste eingerichtet.

Straßburg, 17. Juli. Der Beschluß der Wählerversammlung vom letzten Donnerstag wird in immer weitern Kreisen der Altdeutschen nicht gebilligt und zahlreiche Stimmen sprechen sich für das Zusammengehen mit den gemäßigten Eingebornen und die Wahl Petris aus. Die „Straßburger Post", der man die beste Kenntniß der Ortsverhältnisse nicht wird absprechen können, glaubt dafür einstehen zu können und führt des längern aus, daß die Mehrheit der eingewanderten Wählerschaft in Straßburg den Beschluß des Straßburger Wahlvereins nicht billigt, die in der Versammlung erfolgte abfällige Beurtheilung der deutschfreundlichen Eingebornen nicht theilt und gesonnen ist, auch fernerhin in Gemeinschaft mit den versöhnlichen und gemäßigten Eingebornen vorzugehen, „zum Wohle unserer Stadt, unseres Landes und des Reiches." Zu diesem Zwecke richtet das Blatt folgenden Aufruf an die politischen Freunde und Gesinnungsgenossen:

„Mitbürger! Innerhalb eines Zeitraumes von fünf Monaten steht die Stadt Straßburg jetzt zum zweiten Male der Pflicht gegenüber, einen Abgeordneten zum deutschen Reichstag zu wählen. Wie am 21. Februar, so stehen wir auch am 21. Juli vor der Aufgabe: die Herrschaft des Protestes in Straßburg zu brechen. Unser Kandidat vom 21. Februar, Rechtsanwalt Dr. Petri, der sich damals dem protestlerischen Abgeordneten Kablé entgegenstellte und die offene Anerkennung des Frankfurter Friedensvertrags als Grundlage für sein Programm nahm, hat sich auch diesmal bereit erklärt, ein Mandat anzunehmen und „zum Heile der Stadt, des Landes und des Reiches" auszufüllen. Das ist ein Programm, für welches wir aus vollem Herzen eintreten können. Der auf diese Losung hin gewählte Abgeordnete wird in der höchsten gesetzgebenden Körperschaft des deutschen Reiches nicht als der Vertreter eines extrem gesinnten Bruchtheiles der Bevölkerung unserer Landeshauptstadt, sondern als der Vertreter der gesammten, aus Eingeborenen und Eingewanderten bestehenden Ordnungspartei angesehen werden und folglich auch einen ersprießlichen Einfluß bei Wahrnehmung unserer Interessen auszuüben in der Lage sein. Das große Ziel, welches uns allen vorschwebt, kann nur erreicht werden, wenn wir einmüthig und geschlossen vorgehen. Zeigen wir auch diesmal, daß wir politischen Sinn und politische Disziplin besitzen. Unser Kandidat ist Dr. Emil Petri."

Ausland.

Wien, 19. Juli. Die bulgarische Deputation reist erst Ende der Woche ab; die Offiziere dagegen schon heute. Das „Wiener Tagbl." berichtet: Die Offiziere dinirten gestern beim Prinzen Ferdinand, welche sie fragte, ob er auf die Armee rechnen könne. Major Popow, engagirter Anhänger des Battenbergs, erwiderte, die bulgarische Armee halte Disziplin und werde dem gewählten Fürsten mit Anhänglichkeit ergeben sein; die Hauptsache sei, daß der Fürst nach Bulgarien komme. Gestern empfing der Prinz in Wien die Deputirten Tontschew und Saransky, welche in den Prinzen drangen, sofort nach Sofia mitzugehen. Der Prinz entgegnete: „Gönnen Sie mir 14 Tage, dann treffe ich die Entscheidung, ich will, daß der Thron, auf welchen ich mich niederlasse, eine solide Basis habe."

Brüssel, 18. Juli. Die Unzufriedenheit und die Gährung unter den belgischen Arbeitern hat leider wieder zu einer ernsten Ausschreitung geführt. In Chatelineau, im Bassin Charleroi, hat man gestern versucht, das Haus des Präsidenten der Kohlenwerk-Gesellschaft Gouffre mittelst Dynamit-Patronen in die Luft zu sprengen. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen, aber der angerichtete materielle Schaden ist sehr beträchtlich. Das Gericht in Charleroi hat die Untersuchung eingeleitet.

Paris, 18. Juli. Die Patriotenliga kann sich nicht verhehlen, daß sie in das Fiasko des Generals Boulanger und seiner Schildknappen, Rochefort und Deroulede, arg mitverwickelt ist. Unterliegt es auch keinem Zweifel, daß, wie an dieser Stelle hervorgehoben wurde, panslawistische Umtriebe am 8. Juli bei den skandalösen Vorgängen auf dem Lyoner Bahnhofe sich wirksam erwiesen, so trifft der Rückschlag in der öffentlichen Meinung doch aber zunächst den früheren Kriegsminister und Deroulede, wie sehr derselbe auch lediglich eine Marionette der Panslawisten sein mag, mit denen er während seiner Agitationsreise in Rußland privatim ein vorläufiges Schutz- und Trutzbündniß schloß, das nach der Idee dieser Kriegsschürer später durch ein offizielles der beiden Staaten ersetzt werden soll. Inzwischen mehren sich die Austritts-Erklärungen, welche der Patriotenliga von allen Seiten zugeben, die sich mit jedem Tage mehr zu einer ausschließlich radikale Vereinigung gestaltet. Inzwischen läßt das leitende Komitee der Patriotenliga in den ihr befreundeten Organen folgenden Nothschrei vernehmen:

„Das leitende Komite hat in seiner Sitzung vom 15. Juli seinem Ehrenpräsidenten Paul Deroulede seinen Dank dafür ausgedrückt, daß er während der letzten Ereignisse, in welche die Patriotenliga verwickelt war, wieder als Kämpfender in die Reihen trat. Er betheuert, daß in diesem Falle, wie überhaupt immer, die Handlungen und Erklärungen des leitenden Komitees nur eingegeben waren durch seine unerschütterlichen Prinzipien in Betreff der Landesvertheidigung und durch seine leidenschaftliche Liebe für die Unabhängigkeit des Vaterlandes nach außen, die über jeden Parteigeist erhaben ist. Er wiederholt endlich, daß die Patriotenliga allen Franzosen offen steht und bleibt, welche die Revision des Frankfurter Friedens und die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich im Auge haben."

Was die Patriotenliga unter der Revision des Frankfurter Friedens versteht, ist in dem Leipziger Landesverraths-Prozesse gegen die elsässischen Mitglieder der erwähnten Vereinigung deutlich genug erhärtet worden. Die jüngsten Pariser Vorgänge und Kundgebungen für den General Boulanger haben aber auch gezeigt, daß in der Liga nun auch Raum für die Gesinnungs-Genossen Rochefort's und Katkow's ist.

Kopenhagen, 18. Juli. Für die Provenienzen aus Sizilien und den zwischen Kap Leuca und Kap Spartivento liegenden Häfen ist heute Quarantäne angeordnet worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. Juli. Am Sonntag, den 24. Juli, findet eine Extrafahrt von Stargard resp. Stettin nach Berlin statt. Preise ab Stargard 8 Mark in 2. Klasse, 4 Mark in 3. Klasse, von Stettin 6 resp. 3 Mark.

— Eine Erinnerung an die letzte Wahlkampagne lieferte eine Verhandlung in der heutigen Sitzung der Ferien-Strafkammer des hiesigen Landgerichts wider den Buchdruckereibesitzer Fritz Herbert, jetzt in Stargard wohnhaft. Derselbe ist: 1) der Uebertretung des Preßgesetzes beschuldigt, weil er im Januar resp. Februar d. J. als Drucker und Verleger von Wahlaufrufen den Namen und Wohnort des Verlegers nicht genannt hatte; 2) soll er sich der öffentlichen Beleidigung der Landräthe der Kreise Randow und Greifenhagen schuldig gemacht haben durch Verbreitung eines Wahlaufrufes, welcher an die „Arbeiter, Bürger, Handwerker und Bauern" der Kreise Randow und Greifenhagen gerichtet war und in welchem neben Empfehlung der Kandidaten auch einige Ausfälle gegen die Landräthe enthalten waren, endlich soll er sich 3) der Uebertretung des § 28 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 dadurch schuldig gemacht haben, daß er am 21. Februar und 1. und 2. März in Stettin gewesen ist, obwohl ihm bekannt war, daß er auf Grund des Ministerialbeschlusses vom 14. Februar d. J. ausgewiesen war. Von Seiten des Herrn Staatsanwalts wurde für die Uebertretung des § 6 des Preßgesetzes in 2 Fällen eine Strafe von 40 Mark event. 10 Tage Haft beantragt. Auch die Beleidigung hielt derselbe für erwiesen und beantragte eine Gefängnißstrafe von 4 Wochen. In seinem Plaidoyer hob der Herr Staatsanwalt hervor, daß es eine Eigenthümlichkeit der Arbeiterpartei sei, daß alle ihre Aufrufe und Druckschriften sehr viel hochtrabende Phrasen enthalten, es werde sehr wenig Thatsächliches angeführt, dasselbe vielmehr durch Schimpfen ersetzt, so daß man sich fragen müsse, ob denn der heutige Arbeiter von diesen Phrasen so betäubt sei, daß er nicht mehr unterscheiden könne, was Thatsächliches, Wahres und Reales sei. Auch der Aufruf an die Wähler der Kreise Randow und Greifenhagen zeichne sich durch phrasenhafte Redensarten aus, freilich Redensarten, die für den kleinen Mann verlockend seien, vielleicht bei demselben auch Anklang fanden, es sei aber nicht zweifelhaft, daß der Aufruf auch Beleidigungen gegen die Landräthe der genannten Kreise enthalte und da H. der Verbreiter des Aufrufs sei, habe er sich auch der Beleidigung schuldig gemacht. — Was schließlich den dritten Punkt der Anklage betraf, so beantragte der Herr Staatsanwalt wegen Uebertretung des § 28 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 in einem Falle eine Geldstrafe von 20 Mark event. 4 Tage Gefängniß. — Herbert führte zu seiner Vertheidigung an, er habe allerdings zwei Wahlaufrufe gedruckt, auf denen der Name des Verlegers gefehlt habe, in einem Falle sei jedoch bereits Verjährung eingetreten, da er am 15. Januar den Aufruf gedruckt habe und erst am 15. April die erste richterliche Verfügung in dieser Sache erlassen sei. Was die Beleidigung betreffe, so halte er sich für unschuldig, da er von dem Inhalt des betreffenden Aufrufs erst Kenntniß erhalten habe, nachdem derselbe verbreitet sei. Auch wegen des dritten Punktes bitte er um Freisprechung, er habe erst am 22. Februar die Ausweisungsordre eingehändigt erhalten, sein Aufenthalt in Stettin am 21. Februar konnte also nicht strafbar sein. Am Morgen des 22. Februar sei er aber sofort in Haft genommen und bis zum Abend des 1. März in Haft behalten worden, er habe sich am 2. März Vormittags nur noch in Stettin aufgehalten, um bei dem Herrn Regierungs-Präsidenten das Gesuch wegen eines dreitägen Aufenthalts geltend zu machen. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nur wegen Uebertretung des § 6 des Preßgesetzes im ersten Falle zu 15 Mark Geldstrafe event. 3 Tage Gefängniß, der zweite Fall dieser Uebertretung wurde für verjährt erachtet und das Verfahren eingestellt. Wegen Beleidigung erfolgte Freisprechung, weil der Gerichtshof den Worten des Angeklagten Glauben schenkte, daß derselbe vor der Verbreitung des Aufrufes von dem Inhalt desselben keine Kenntniß hatte. Auch wegen Punkt 3 der Anklage wurde auf Freisprechung erkannt.

— Der deutsche bienenwirthschaftliche Zentralverein, dem fast sämmtliche bienenwirthschaftliche Provinzial- und Landesvereine in Deutschland angehören, wird seine Wanderversammlung vom 21. bis 23. September d. J. in Hannover abhalten.

Aus den Provinzen.

‡ **Bütow**, 18. Juli. Seitens des königlichen Landrathsamtes ist ein Kreistag auf Dienstag, den 26. Juli cr., Vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaale des Kreisausschusses hierselbst anberaumt, in welchem unter anderen Punkten die Einrichtung einer Natural-Verpflegungsstation in der Stadt Bütow unter Verwendung der vom Kreise bisher für die Arbeiter-Kolonie Meierei bewilligten Beihülfe von 200 Mark pro Jahr zur Berathung gelangt. — Auch in den ländlichen Ortschaften unseres Kreises wird der deutsche Männergesang gepflegt. Der sich erst kürzlich konstituirte Männergesang-Verein in Borntuchen feierte gestern sein erstes Waldfest in den Heischkuhlen. — Mehrere Schulknaben aus der Ortschaft Gröbenzin waren gestern zum Baden gegangen, wobei der Eine, ein 12jähriger Knabe, verunglückte und ertrank.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Bellevuetheater: „Der Vagabund." Operette in 3 Akten. — Elysiumtheater: „Ein Tropfen Gift." Schauspiel in 4 Akten.

Vermischte Nachrichten.

Neuwied, 15. Juli. Ueber einen Betrug im Lehrerseminar berichtet die „K. Z." das Folgende: Der Sohn des Direktors, welcher durch Krankheit genöthigt war, sich in der vorletzten Nacht zu erheben, glaubte, als er an dem Arbeitszimmer seines Vaters vorüberging, in demselben ein verdächtiges Geräusch zu hören. Er weckte seinen Vater, und dieser, welcher Diebe vermuthete, untersuchte sein Arbeitszimmer; es war jedoch nichts Verdächtiges zu entdecken. Am anderen Morgen fand der Direktor auf der obersten Treppenstufe vor seiner Wohnung ein Schriftstück, welches, wie er genau wußte, noch am Tage vorher sich in seinem verschlossenen Pult befunden hatte. Dasselbe mußte also in der vergangenen Nacht aus demselben Pult entwendet worden sein. Man stellte nun Untersuchungen an und es stellte sich Folgendes heraus: In einer Woche sollte am Seminar die schriftliche Entlassungsprüfung für die Mitglieder der ersten Klasse stattfinden. Um ein befriedigendes Ergebniß zu erlangen, schlichen sich fünf Schüler der ersten Klasse in das Arbeitszimmer ihres Direktors, nachdem sie vermittelst zweier Nachschlüssel erst die Flurthür und dann die Thür des Direktorzimmers geöffnet hatten. Hier durchstöberten sie erst alle offen daliegenden Papiere und als sie darunter die Prüfungsaufgaben nicht entdecken konnten, öffneten sie vermittelst eines dritten Nachschlüssels das Pult des Direktors. Sie glaubten das Schriftstück gefunden zu haben, da hören sie die Schritte des Direktorsohnes, verlieren den Kopf, verwechseln das richtige Aktenstück mit einem falschen und entwischen schnell in ihren Schlafsaal. Hier gewahren sie, daß sie ein anderes Papier in der Hand haben. Da sie fürchten, der Direktor möchte Verdacht schöpfen, wenn er dasselbe in seinem Pult vermißte, wird einer von ihnen beauftragt, das Papier wieder an seinen Platz zu schaffen. Dieser jedoch, sich nicht wieder in das Direktorzimmer hineinwagend, legt das Aktenstück auf der Treppe nieder. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß die drei Nachschlüssel schon seit längeren Jahren von einer Generation an die andere überliefert worden sind. Der Provinzial-Schulrath bestrafte die fünf Einschleicher dadurch, daß er sie auf immer für unfähig erklärte, in Preußen ein Lehramt zu bekleiden. Alle übrigen Zöglinge der ersten Klasse wurden, da sie sämmtlich um die Sache gewußt hatten, auf ein ganzes Jahr zurückgestellt. Die jungen Leute hatten sich im Voraus verabredet, daß sie sich alle für gleich schuldig bekennen würden, für den Fall, daß die Sache entdeckt werden sollte. Die fünf Hauptschuldigen sind bereits von der Anstalt verwiesen worden und sind außerdem verpflichtet, alle bisher genossenen Stipendien an den Staat zurückzuzahlen. Einer derselben hat bereits sechshundert Mark an Stipendien bezogen.

— Aus der „Gerichtszeitung für Kamerun und Umgebung" veröffentlicht der „Kladd." folgende Zukunftsbilder: Mit amtlichen Vorgesetzten ist nicht zu spaßen, das zeigte sich gestern wieder vor der 10. Abtheilung des Schöffengerichts, welches unter Vorsitz des Herrn Wüstenassessors Meyer tagte. Der Urwaldwärter Moko hatte nämlich dem Nachtwächter Joko beim Skat zugerufen: „Du spielst wie ein Nachtwächter!" Hatte nun auch Joko dem Moko verziehen, so war doch der Magistrat als vorgesetzte Behörde des Beleidigten anderer Ansicht, da die fr. Beleidigung in Beziehung auf den Beruf Joko's begangen sei. Der geständige Angeklagte, der zwar behauptete, in der Wahrnehmung berechtigter Interessen bei dem inkriminirten Ausrufe gehandelt zu haben, — er sei nämlich in Folge von Joko's schlechtem Spielen hineingefallen, — wurde in Gemäßheit der §§ 185, 196 des St.-G.-B. zu 10 Mark Geldbuße verurtheilt. Die Sitzung bot insofern ein besonderes Interesse, als den Schöffen von einem Sachverständigen erklärt werden mußte, was Skat sei. Auch Herr Assessor Meyer, der aus Berlin stammt, hatte, wie er sagte, keine Ahnung von dem Spiele, das in Juristenkreisen gänzlich unbekannt sei. — Bekanntlich hatte dem deutschen Reichstage die Absicht nicht allzufern gelegen, die Kunstbutter durch Färben für die Konsumenten kenntlich machen zu lassen. In veränderter Form hat nun der Landtag von Kamerun diesen Gedanken aufgenommen und bestimmt, daß nicht die Kunstbutter, sondern die Konsumenten derselben von dem Händler mit Karmin gefärbt werden sollen. Leider hat das segensreiche Gesetz noch nicht tief genug Wurzel geschlagen, und verschiedene Käufer von Kunstbutter, darunter 4 Restaurateure, hatten sich dem Gefärbtwerden widersetzt und mußten nach § 12 des Gesetzes zu Geldstrafen von 5—10 Mark verurtheilt werden. — Kindesaussetzung! Die Absenderin eines jungen Mulatten, welcher mit der Adresse: An Matrose Schmidt, S. M. Nachtigall, Eigene Angelegenheit des Empfängers", — im Briefkasten des Hauptpostgebäudes aufgefunden war, ist in der Person der sechzehnjährigen Negerin L. ermittelt worden. Sie kam in Anbetracht ihrer Jugend mit einem Verweise davon, mußte aber für den Jungen Strafporto bezahlen, da Schmidt die Annahme verweigert hatte. — Ein elegantes Publikum füllte den Zuhörerraum der 3. Strafkammer. Die berühmten „Affenkotelettes" des Hotel d'Afrique, eine Spezialität des renommirten Hauses, unterlagen der richterlichen Beurtheilung. Wie schauderte mancher alte Stammgast, als ihm die Beweisaufnahme klar machte, daß er jahrelang mit sorgfältig zubereiteten Rindfilet hintergangen war. Eine gleiche Entrüstung wurde laut, als die Pièce de résistance der Speisenkarte, die „saure Brillenschlange in Gelée", sich als ganz gemeiner europäischer Aal entpuppte. Der Hotelier Müller erlitt wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz eine Geldstrafe von 900 Mark.

— (Verwickelt.) „Denken Sie mal, der Herr dort ist die rechte Hand von unserem Chef." — „Donnerwetter, da trägt er ja seinen Verlobungsring am Goldfinger der linken Hand des linken Armes der rechten Hand von seinem Chef."

— (Unbillige Maßnahme.) Prinzipal (zum Reisenden): „Nun, wenn Sie glauben, daß Sie durch mich zu kurz gekommen sind, so können Sie mich ja verklagen!" — Reisender: „Haste geseh'n? Er verkürzt mich und ich soll ihn belangen!"

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Nordhausen, 19. Juli. Generallieutenant z. D. v. Hanstein ist auf Rothenbach im Alter von 79 Jahren in Folge eines Herzleidens gestorben. Derselbe war der Senior der weitverzweigten Familie.

Wien, 19. Juli. Kaiser Franz Josef hat angeordnet, daß der für das neu zu erbauende Volkstheater erforderliche Bauplatz für den Preis von nur 20,000 Gulden durch die Verwaltung des Stadterweiterungsfonds hergegeben werden soll. Dieser Betrag ist kaum der zehnte Theil des wirklichen Werthes. Der Bau des neuen Volkstheaters ist nunmehr vollkommen gesichert.

Wien, 19. Juli. Mehrere Blätter bringen Artikel zur Begrüßung des deutschen Kaisers auf österreichischem Boden und heben hierbei hervor, daß, während das Verhältniß Deutschlands zu Rußland immer schwieriger wird, das deutsch-österreichische Bündniß sich immer mehr und mehr in die Empfindungen nicht blos der Kaiserhöfe, sondern auch der Völker Deutschlands und Oesterreichs einlebt. Die Berichterstatter der hiesigen Blätter aus Bregenz konstatiren, daß die körperliche und geistige Verfassung des deutschen Kaisers dieselbe glückliche wie im vorigen Jahre ist. Aus Gastein liegt die Meldung vor, es sei wahrscheinlich, daß Kaiser Franz Josef seinen Besuch bei Kaiser Wilhelm erst auf der Rückreise in Salzburg etwa machen werde.

Pest, 19. Juli. Die Stadt Pest acceptirte ein Anerbieten der Firma Siemens u. Halske, betreffend den Bau einer elektrischen Straßenbahn. Den Vertragsbestimmungen zufolge stellt die Stadt der Firma den gesammten für die Bahn erforderlichen städtischen Grund für 90 Jahre unentgeltlich zur Verfügung überläßt ihr ferner städtisches Terrain zur Anlage einer Maschinenstation zum Buchwerth, dagegen partizipirt die Stadt am Reingewinn, falls derselbe die sechsprozentige Verzinsung des Aktienkapitals übersteigt. Die Uebernahme der Bahn ins Stadteigenthum erfolgt erst nach 40 Jahren.

Innsbruck, 19. Juli. Kaiser Wilhelm begab sich heute Morgen in offenem Wagen vom „Tyroler Hof" zum Bahnhofe, auf dem ganzen Wege dahin von einer dichtgedrängten Menge ehrerbietigst begrüßt. Auf dem Bahnhofe wurde der Kaiser vom Statthalter Baron Wittmann und dem Präsidenten Czedik empfangen. Der Kaiser sprach dem Statthalter seinen Dank für den ihm bereiteten Empfang aus, und bestieg darauf, die auf dem Bahnhofe Anwesenden huldvoll grüßend, den Salonwagen, worauf der Zug um 9 Uhr bei herrlichstem Wetter abfuhr.

Madrid, 19. Juli. Der Kaiser von Brasilien ist gestern in Begleitung seines Enkels, des Prinzen August von Sachsen-Koburg, nach Bordeaux abgereist.

Wasserstands-Bericht.

Oder bei Breslau, 18. Juli, 12 Uhr Mittags Oberpegel 4,73 Meter, Unterpegel — 0,51 Meter. — Warthe bei Posen, 18. Juli Mittags 0,72 Meter.